

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 11. September 1969

Nummer 36/37

Die Wirtschaft der DDR im ersten Halbjahr 1969

Den Bemühungen der mitteldeutschen Wirtschaftsführung um ein verstärktes wirtschaftliches Wachstum im 20. Jahr des Bestehens der DDR scheint Erfolg beschieden: Im ersten Halbjahr 1969 soll das „produzierte Nationaleinkommen“ (Nettoproduktion der produzierenden und verteilenden Wirtschaftsbereiche) kontinuierlich gestiegen sein¹; der gesamtwirtschaftliche Zuwachs dürfte somit abermals bei rund 5 vH gelegen haben. Trotz eines kalten und langen Winters ist offenbar diesmal der Übergang in das neue Planjahr besser als in früheren Jahren gelungen; so konnte das Wachstumstempo der Industrie kräftig beschleunigt werden.

Dieses insgesamt positive Bild bedarf im einzelnen jedoch einiger Korrekturen. Denn es wird abermals über Schwierigkeiten berichtet, deren Ausmaß und Wirkungen schwer zu beurteilen sind, zumal in diesem Jahr — angesichts der besonders hochgesteckten Wachstumsziele — der Kritik als Leistungsstimulans größeres Gewicht als sonst beizumessen sein dürfte. Doch sind es Mängel, die schon seit je beklagt werden und offensichtlich nicht abzustellen sind, wie z. B.

- Leistungseinbußen durch mangelhafte Kostenrechnung und unterentwickeltes Kosten-Nutzen-Denken,
- diskontinuierlicher Produktionsverlauf wegen nicht termingerechter zwischenbetrieblicher Zulieferungen und überhöhten Materialverbrauchs,
- zu geringe Nutzung der Kapazitäten als Folge unzureichender Schichtarbeit, doch auch wegen der durch Versammlungen und Schulungen entstehenden Arbeitszeitverluste²,
- Störungen im Bauwesen,
- nicht bedarfsgerechtes Angebot bestimmter Konsumgüter.

Wenn diese Mängel auch nicht auf erneute schwerwiegende Disproportionen im Wachstumsprozeß hinweisen, so sind sie doch zweifellos wachstumshemmend.

Die Entwicklung der Wirtschaftsbereiche

Die Unbilden des Winters wirkten sich auch in der *Industrie* aus, die unter unzureichender Bereitstellung von Energie — es kam häufig zu Strom- und Gasabschaltungen — sowie zahlreichen Trans-

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung in der DDR
Realer Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1. Halbjahr		Jahr	
	1968	1969	1968	Plan 1969
Industr. Warenprod. d. sozial. Industrie (v. Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	5,9	7,5-8,5	5,2	7 ³⁾
Bau- u. Montageproduktion ¹⁾	8,0	11,0	8,0	13
Staatl. Aufkommen an				
Schlachtvieh	5,0	5,0	5,0	2,5
Milch	6,7	2,4	5,3	1,3
Eiern	-1,2	0,9	2,8	.
Brutto-Anlageinvestitionen ²⁾	9	11	10	11
Einzelhandelsumsatz ³⁾ , gesamt	4,2	5,2	4,7	4,7 ⁶⁾
Nahrungs- u. Genußmittel	4,2	4,9	4,6	3,6 ⁶⁾
Industriewaren	4,2	5,5	4,9	6,1 ⁶⁾
Außenhandelsumsatz ⁴⁾	9,2	6,5	10
Export	13	.	9,5	.
Import	3,3	.
Geldeinnahmen der Bevölkerung	4,7	4,6	4,0	4,5 ⁷⁾

1) Einschl. Industrieproduktion der zentralgeleiteten Baubetriebe. —
2) Ohne Generalreparaturen. — 3) Zuwachs zu jeweiligen Preisen. —
4) Gesamteinfuhr und Gesamtausfuhr, einschl. Interzonenhandel, ohne Dienstleistungen; in Valutamark zu jeweiligen Preisen. — 5) Industrielle Warenproduktion, gesamt. — 6) Warenfonds (Warenbereitstellung einschl. Bestandserhöhungen im Konsumgütergroßhandel, ohne Sonderbedarfsträger). — 7) Nettogeldeinnahmen.
Quellen: Volkswirtschaftspläne; Planerfüllungsberichte; Statistische Jahrbücher der DDR; Statistisches Taschenbuch der DDR 1969; Statistische Praxis.

¹ Vgl. „Über die Entwicklung der Volkswirtschaft im ersten Halbjahr 1969“, Mitteilungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. In: „Neues Deutschland“ vom 18. Juli 1969.

² Vgl. Die Wirtschaft, Nr. 33/1969, S. 11.

portstörungen zu leiden hatte. Dennoch konnte die industrielle Warenproduktion nach Angaben des Erfüllungsberichts um 8,5 vH — von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt — erhöht werden; damit wurde nicht nur der Planansatz, sondern auch das Vorjahrsergebnis merklich übertroffen³. Dieses gute Ergebnis wurde mit einer im fast gleichen Ausmaß erhöhten Arbeitsproduktivität (+8 vH) erreicht — Resultat der offensichtlich schon erfolgreichen Bemühungen um stärkere Rationalisierung, Automatisierung und Mechanisierung der Produktion.

Dem Erfüllungsbericht und der laufenden Berichterstattung ist zu entnehmen, daß die Betriebe der Grundstoffindustrie unterproportional und nicht im geplanten Umfang zur Steigerung der Produktionsleistung beigetragen haben. Die Folgen des Kälteeinbruchs in der Winterperiode waren hier besonders spürbar und führten sowohl zu Ausfällen in der Elektroenergie- und Gasversorgung als auch der Bereitstellung von festen Brennstoffen; so konnte die Bevölkerung schon von Dezember 1968 an nur noch mit Kleinstmengen von Braunkohlenbriketts versorgt werden.

Zur Entwicklung der industriellen Warenproduktion der zentralgeleiteten Industrie
Zunahme gegenüber dem Vorjahrszeitraum in vH

Betriebe im Bereich des Ministeriums für	1. Halbjahr		Jahr	
	1968	1969	1968	Plan 1969
Grundstoffindustrie	4,6	3,2	2,5	6,0
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	3,9	7,9	5,7	8,0
Chemische Industrie	7,5	7,3	7,8	9,0
Elektrotechnik und Elektronik	11,4	13,4	8,6	13,0
Schwermaschinen- und Anlagenbau	10,2	8,4	4,7	8,0
Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau	12,1	12,5	9,3	9,0
Leichtindustrie	4,4	5,8	4,1	6,0
Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie	1,9	6,3	5,9	6,0

Quellen: Erfüllungsberichte; Volkswirtschaftsplan 1969.

Die schlechte Energieversorgung in den Wintermonaten beeinträchtigte auch den Produktionsablauf in anderen Bereichen und Zweigen. Für die relativ unbefriedigende Entwicklung der Chemischen Industrie wurden allerdings als Ursache der „Rückstand in der Forschung und Entwicklung im Vergleich zur Weltspitze, . . . überholte Leitungspraktiken . . ., Unterschätzung der elektronischen

Zuwachsraten der Warenproduktion in der sozialistischen Industrie 1968 und 1969
in vH gegenüber dem Vorjahr
(von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)

	1. Halbjahr	
	1968	1969
Grundstoffindustrie	5,7	6,0
Metallverarbeitende Industrie	9,4	8,9
Leichtindustrie	3,2	5,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3,6	5,3
Gesamte sozialistische Industrie	5,9	7,5

Quelle: Statistische Praxis.

Datenverarbeitung“ genannt⁴; bisher besonders geförderte Betriebe wie u. a. VEB Chemische Werke Buna, VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt und VEB Orwo Wolfen wurden stark kritisiert.

Alle anderen Zweige, in denen sich die für die künftige Entwicklung entscheidende Produktion „strukturbestimmender Erzeugnisse“⁵ konzentriert, expandierten wie erwartet: Elektrotechnik und Elektronik, Schwermaschinen- und Anlagenbau, Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau. So soll die Produktion der zentralgeplanten „strukturbestimmenden Erzeugnisse“ (u. a. Datenverarbeitungsanlagen, optische Geräte, Telegrafie-Blattschreiber) gegenüber dem ersten Halbjahr 1968 um 30 vH gestiegen sein. Einzelne „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“, die überwiegend Automatisierungs- und Rationalisierungsmittel herstellen, konnten ihre Produktion beträchtlich erweitern, wie z. B. Regelungstechnik, Gerätebau und Optik um 24 vH und Nachrichten- und Meßtechnik um 21 vH.

Trotz der recht hohen Zuwachsraten wurden bei verschiedenen Erzeugnissen der Elektrotechnik und Elektronik sowie des Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbaus die Planziele nicht erreicht; u. a. weisen die VVB Armaturen und Hydraulik, Luft- und Kältetechnik, Elektromaschinen, Gießereien sowie einzelne Zweige des Maschinenbaus Planrückstände auf. Dies gilt auch für einzelne Branchen der Leichtindustrie (VVB Möbel, Wolle und Seide), wenn sie auch insgesamt ebenso wie die Lebensmittelindustrie den Plan erfüllen konnte.

Dennoch traten bei der Erzeugung von Konsumgütern erneut Engpässe — bei einzelnen Gütern erstmalig — auf, z. B. bei Textilien, Rundfunkgeräten und Fahrrädern.

Die Leistungen des produzierenden *Handwerks* stiegen um 7 vH.

Nicht ganz plangerecht erhöhte sich die Leistung der *Bauwirtschaft* (Bau- und Montageproduktion: + 11 vH) infolge einer noch unzureichenden Arbeitsproduktivität in der örtlichen bzw. bezirksgeleiteten Bauindustrie; diese liegt hier um rund 30 vH unter der der zentralgeleiteten Betriebe, deren Produktionsleistung erheblich (+ 17,6 vH) gesteigert werden konnte. Obwohl den örtlichen Baubetrieben erneut zusätzliche Beschäftigte zugeführt wurden, ergaben sich bei der Mehrzahl der Wohnungsbaukombinate beträchtliche Planrückstände — nur 20 000 Wohnungen (Jahr 1968: 76 000) konnten fertiggestellt werden. Auch wurde die Versorgung mit Baumaterialien trotz einer um 10 vH

³ Wie in früheren Jahren stimmen auch diesmal die Angaben des Erfüllungsberichts mit den Ergebnissen der amtlichen Monatsstatistik nicht überein. Nach der laufenden Berichterstattung errechnet sich für das 1. Halbjahr 1969 ein Zuwachs der industriellen Warenproduktion - von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt und zu konstanten Preisen - von + 7,5 vH (1. Hj. 1968: + 5,9 vH).

⁴ Vgl. „Neues Deutschland“ vom 28. April 1969.

⁵ Vgl. Angela Rüter: Die Bedeutung „strukturbestimmender Aufgaben“ für die Wirtschaftsplanung und -organisation der DDR. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 3/1969 (erscheint demnächst).

erhöhten Produktion nicht termin- und bedarfsgerecht erweitert.

Demgegenüber konnte im 1. Halbjahr 1969 die *Landwirtschaft* noch ein gutes Produktionsergebnis erzielen. Das staatliche Aufkommen an tierischen Erzeugnissen überschritt mit einer Zunahme von 3,8 vH gegenüber dem bereits recht guten Vorjahresergebnis (+ 5,3 vH) den Planansatz in allen Positionen. Allerdings wurde der Plan in einzelnen Bezirken nicht voll erfüllt. Auch scheint die bemerkenswerte Steigerung der tierischen Produktion

vereinzelt zu Lasten der Viehbestände gegangen zu sein.

In ähnlichem Umfang wie im Vorjahr wurde die Leistung des *Verkehrswesens* erhöht. Obwohl infolge des Kälteeinbruchs der Transportbedarf von der Reichsbahn nicht voll befriedigt werden konnte, stieg die Gütertransportmenge um rund 2 vH (Seeschifffahrt: + 9 vH). Die Leistungen des *Post- und Fernmeldewesens* stiegen um 5 vH, während die „übrigen Wirtschaftsbereiche“ nur unterdurchschnittlich am allgemeinen Produktionsfortschritt beteiligt gewesen sein dürften.

Ausgewählte Daten zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR 1967 bis 1969

Bereich	Einheit	1967	1968	1968		1969		Zunahme gegenüber der Vorjahrszeit in vH		
				I. Hj.	II. Hj.	I. Hj.	I. Hj. 1968	II. Hj. 1968	I. Hj. 1969	
Industrielle Produktion										
Elektroenergie	Mill. kWh	59 686	63 228	31 076	32 152	32 461	6,5	5,4	4,5	
Gas	Mill. cbm	3 813	4 113	2 036	2 077	2 180	6,4	9,3	7,1	
Roheisen	1 000 t	2 525	2 333	1 220	1 113	1 072	- 2,1	- 13,0	- 12,1	
Rohstahl ¹⁾	"	4 603	4 696	2 302	2 394	2 351	.	.	2,1	
Schwefelsäure (H ₂ SO ₄)	"	991	1 077	519	558	545	3,4	14,1	5,0	
Kalziumkarbid ²⁾	"	1 308	1 335	677	658	624	5,9	- 1,6	- 7,8	
Phosphatdüngemittel (P ₂ O ₅)	"	305	361	172	189	178	27,4	11,2	3,5	
Stickstoffdüngemittel (N)	"	.	382	163	219	188	.	.	15,3	
Traktoren	Stck.	.	12 500	5 836	6 664	7 498	.	.	28,5	
Chemische Fasern	t	.	191 776	93 852	97 924	97 808	.	.	4,2	
Kammgarn- und Halbkammgarngewebe	1 000 qm	20 764	18 706	9 172	9 534	9 721	- 12,5	- 7,3	6,0	
Streichgarngewebe	"	17 327	16 469	8 475	7 994	7 665	- 0,7	- 9,0	- 9,6	
Schuhwerk aus Leder	1 000 Paar	.	30 166	15 734	14 432	15 640	.	.	- 0,6	
Fensterglas	1 000 qm ED	.	18 114	8 367	9 747	8 911	.	.	6,5	
Faserplatten	cbm	71 466	85 766	43 834	41 932	45 444	43,5	2,5	3,7	
Haushaltskühlchränke	1 000 Stck.	403	377	205	172	133	3,0	- 15,7	- 35,1	
Elektrische Waschmaschinen	"	324	287	146	141	123	- 8,7	- 13,5	- 15,8	
Viehbestand³⁾										
Rinder	1 000 Stck.	5 047	5 139	5 232	5 109	5 313	.	.	1,5	
dar.: Kühe	"	2 181	2 161	2 163	2 166	2 153	.	.	- 0,5	
Schweine	"	9 091	9 132	8 923	9 523	9 030	.	.	1,2	
Landwirtschaftliche Erzeugung⁴⁾										
Schlachtvieh ⁵⁾	1 000 t	1 482	1 547	736	811	769	4,4	4,4	4,5	
Milch	"	6 203	6 530	3 264	3 266	3 344	6,7	3,9	2,5	
Eier	Mill. Stck.	2 977	3 060	1 884	1 176	1 901	- 1,3	10,0	0,9	
Nahrungsgüter										
Fleischproduktion ⁶⁾	1 000 t	964	991	467	524	497	2,0	3,6	6,4	
Butterproduktion	"	209	222	109	113	110	5,8	6,6	0,9	
Fischfang für die menschl. Ernährung	"	218	229	123	106	136	24,2	- 10,9	10,6	
Verkehr										
Gütertransportmenge										
Eisenbahn	Mill. t	253	253	124	129	124	- 1,6	1,6	± 0,0	
Kraftverkehr ⁷⁾	"	372	402	186	216	199	5,7	10,2	7,0	
Binnen- und Seeschifffahrt ⁸⁾	1 000 t	20 908	20 506	9 269	11 237	8 702	- 5,2	0,9	- 6,1	
Gütertransportleistung										
Eisenbahn	Mill. Tarif-tkm	38 473	38 579	18 889	19 690	.	- 2,1	2,7	.	
Kraftverkehr ⁷⁾ ⁹⁾	Mill. tkm	8 170	9 256	4 258	4 998	4 835	12,3	14,1	13,6	
Binnen- und Seeschifffahrt ⁸⁾	"	46 277	51 473	24 711	26 762	27 542	26,9	- 0,1	11,5	
Einzelhandel¹⁰⁾										
Umsätze, gesamt	Mill. Mark	55 242	57 941	26 950	30 991	28 340	4,8	5,0	5,2	
dar.: Nahrungs- und Genussmittel	"	31 893	32 823	15 601	17 222	16 369	4,3	4,8	4,9	
Industriewaren	"	23 849	25 117	11 348	13 769	11 971	5,4	5,2	5,5	

1) Blöcke und Rohstahl flüssig für Formguß. — 2) Basis 300 l C₂H₂/kg. — 3) Als Jahresergebnis wird der Durchschnittswert der Stichtage ausgewiesen. — 4) Staatliches Aufkommen. — 5) Lebendgewicht; ohne Geflügel. — 6) Rind-, Kalb-, Schweine- und Geflügelfleisch. — 7) Einschl. Werkverkehr mit Kraftfahrzeugen. — 8) Einschl. Transportmenge bzw. Transportleistung der vom VEB Deutsche Binnenreederei befrachteten Binnenschiffe anderer Länder. — 9) Ohne Rollverkehr der volkseigenen Kraftverkehrs- und Speditionsbetriebe. — 10) Der Umsatz der Sonstigen Sozialistischen Betriebe und des privaten Einzelhandels ist für das zweite Quartal geschätzt.

Quelle: Statistische Praxis.

Tendenzen der Güterverwendung

Es hat den Anschein, als ob im 1. Halbjahr 1969 die planmäßige Entwicklung der Güterverwendung weniger als früher durch Störungen von der Produktionsseite her beeinflußt worden ist. Die erhebliche Steigerung der Produktion von Gütern, die der verstärkten Automatisierung und Rationalisierung dienen (z. B. Anlagen der Steuer- und Regelungstechnik, der Nachrichten- und Meßtechnik, Prüfeinrichtungen, optische Geräte, EDV-Anlagen) dürfte sich hier positiv ausgewirkt haben.

Planmäßig erhöht wurden die *Brutto-Anlageinvestitionen* mit einem Zuwachs von 11,6 vH. Besonders stark soll in den „strukturbestimmenden Zweigen“ (Feinmechanik und Optik, Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie, Kunststoffverarbeitungs- und Büromaschinenbau, Kunststoffindustrie, Landmaschinenbau, elektronische Industrie, Chemiefaserindustrie und Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik) investiert worden sein, doch auch in der Leicht- und Lebensmittelindustrie, der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft wurden die Investitionen erhöht.

Berichtet wird über die Fertigstellung neuer Produktionsanlagen in den Bereichen Elektronische Datenverarbeitung, Chemie, Feinmechanik und Optik sowie Textil- und Möbelindustrie. Die bei den örtlichen Bauträgern aufgetretenen Verzögerungen scheinen sich somit im wesentlichen auf den Wohnungsbau konzentriert zu haben. Wenn auch Hinweise über den Umfang der *Lagerbildung* nicht gegeben werden, so dürften infolge der kritisierten Planrückstände, vor allem soweit sie auf Störungen der zwischenbetrieblichen Lieferungen beruhen, erneut ungeplante Läger von Zwischen- und Halbfabrikaten entstanden sein.

Daß, wie früher schon vermutet⁶, angesichts der sonstigen Belastung der Produktion ein derartiges Investitionswachstum nur durch verstärkte Importe von Investitionsgütern zu realisieren war, zeigt die Entwicklung des *Außenhandels* (einschl. des innerdeutschen Warenverkehrs), der mit einer Umsatzzunahme von + 9,2 vH geringfügig unter dem Planansatz (+ 10 vH) blieb. Der Umsatz mit den RGW-Ländern erhöhte sich überdurchschnittlich (+ 11,6 vH), wobei der Handel mit der Sowjetunion um 13,6 vH und der mit den übrigen RGW-Ländern um rund 8,5 vH stieg. Jedoch dürfte der Gütertausch mit den übrigen sozialistischen Ländern⁷, mit westlichen Industrieländern (ohne BRD) und den Entwicklungsländern im Einzelfalle zwar zugenommen haben, insgesamt aber um rund 10 vH zurückgegangen sein.

Dagegen hat sich die expansive Entwicklung im *innerdeutschen Warenverkehr* weiter fortgesetzt⁸. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich der Gesamtumsatz um 27,2 vH, wobei die Lieferungen der DDR um 15 vH angehoben werden konnten, während ihre Bezüge aus der BRD sogar um 39 vH wuchsen⁹.

Über die Warenstruktur des außenwirtschaftlichen Austauschs wird leider ebensowenig berichtet, wie über die Entwicklung nach Ein- und Ausfuhr. Doch dürften die Importsteigerungen im wesentlichen auf eine starke Ausweitung der Bezüge von Investitionsgütern zurückzuführen sein. So stieg im 1. Halbjahr 1969 allein die Einfuhr von Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie — ihr Anteil an der Gesamteinfuhr der DDR erreichte 1968 ein Drittel — aus den RGW-Ländern um über 30 vH!

Bei einer erneuten Zunahme der Geldeinnahmen der Bevölkerung um 4,6 vH erhöhte sich der Einzelhandelsumsatz — wichtigster Indikator für die Entwicklung des *privaten Verbrauchs* — um 5,2 vH. Der Verkauf von industriellen Konsumgütern blieb mit einem Zuwachs von +5,5 vH etwas unter der für 1969 insgesamt geplanten Steigerung, während der Umsatz von Nahrungs- und Genußmitteln um 4,9 vH erhöht werden konnte.

Hinter dieser insgesamt befriedigenden Entwicklung des privaten Verbrauchs verbergen sich immer noch zahlreiche Unzulänglichkeiten. Nach wie vor treten trotz deutlicher Verbesserungen z. B. im Angebot industrieller Konsumgüter Probleme auf, weil diese Erzeugnisse häufig in Umfang, Sortiment und Qualität nicht dem Bedarf entsprechen, so u. a. bei Textilien und Konfektionserzeugnissen, doch auch bei Elektrogeräten. Zwar hat sich gerade der Ausstattungsgrad der Haushalte mit diesen Geräten (Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernsehgeräte, elektrische Küchengeräte) in den letzten Jahren stark erhöht¹⁰, doch ist der Bedarf nach wie vor groß. Hinzu kommt, daß sich das Ersatzteilproblem deutlich verschärft hat, zumal die Kapazitäten des Reparaturhandwerks nicht im notwendigen Maße erweitert wurden¹¹.

Doch für die mitteldeutsche Bevölkerung wohl weit unangenehmer machte sich im 1. Halbjahr 1969 eine unzureichende Versorgung mit Frischgemüse und Obst sowie mit Speisekartoffeln bemerkbar. Die Beeinträchtigung der inländischen Bereitstellung dieser Güter durch eine schlechte Vorjahrsernte und die langanhaltende Frostperiode hätte bei ausreichender außenwirtschaftlicher Flexibilität und entsprechendem Wollen der mitteldeutschen Wirtschaftsführung sicherlich durch zusätzliche Importe ausgeglichen werden können.

⁶ Vgl. „DDR-Wirtschaft vor verstärktem Wachstum?“ Bearb.: Peter Mitscherling. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1969.

⁷ Dies sind Albanien, VR China, Jugoslawien, Nord-Korea, Kuba und Nord-Vietnam, deren Anteil am Außenhandelsumsatz der DDR 1968 knapp 5 vH betragen hatte.

⁸ Vgl. „Verstärkte Expansion im innerdeutschen Warenverkehr und im Außenhandel der DDR“. Bearb.: Horst Lambricht. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28/1969.

⁹ An dieser Ausweitung war West-Berlin überdurchschnittlich beteiligt: gegenüber dem 1. Halbjahr 1968 bezog die DDR aus West-Berlin um 59 vH und lieferte dorthin um 24 vH mehr Güter.

¹⁰ Von 100 Haushalten besaßen 1968 einen Fernsehempfänger 65 (1960: 17), eine elektr. Waschmaschine 43 (1960: 6), einen elektr. Kühlschrank 44 (1960: 6). Vgl. Statistisches Taschenbuch der DDR 1969, S. 140.

¹¹ Vgl. „Der neue Tag“ vom 18. Juni 1969.

Ausblick

Die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR im 1. Halbjahr 1969 entsprechen weitgehend dem für das Jahr 1969 vorgezeichneten Weg zu verstärktem Wachstum. Sie sind vor allem deshalb als befriedigend zu bezeichnen, weil sie unter den nachhaltigen Auswirkungen eines langen, kalten Winters erreicht wurden, der die Energieversorgung stark beeinträchtigt hat. Trotz der beträchtlichen Steigerung der Industrieproduktion, der starken Erhöhung des Investitionsvolumens und der Inbetriebnahme zahlreicher neuer Kapazitäten läßt aber gerade die Entwicklung des ersten Halbjahrs 1969 sowohl Versäumnisse der Vergangenheit als auch eine zu geringe Flexibilität erkennen: witterungsbedingten Engpaßsituationen kann die durch hochgesteckte Ziele gegenwärtig bis zum äußersten angespannte Planwirtschaft der DDR kaum mit geeigneten Mitteln begegnen. Einmal verfügt sie noch immer nicht über nennenswerte Kapazitätsreserven z. B. in der Energie- oder Wasserversorgung. Zum anderen verbieten es offenbar ihre außenwirtschaftlichen Pläne oder Bindungen, wachstumspolitisch zweifellos vorzuziehende Importe von Investitionsgütern — wenn auch nur vorübergehend — zugunsten solcher von Konsumgütern einzuschränken oder — angesichts des bestehenden Devisenmangels — hierfür größere Kredite in Anspruch zu nehmen.

Gerade aus diesen Gründen dürfte die mitteldeutsche Wirtschaftsführung der Entwicklung in der nächsten Zeit mit einiger Sorge entgegensehen. Zwar wird die Industrieproduktion voraussichtlich wie geplant expandieren; die in letzter Zeit eingeleiteten Reformmaßnahmen dürften diese Entwicklung trotz bisher noch ungelöster Preisbildungsprobleme unterstützen¹².

Dagegen muß damit gerechnet werden, daß die lange Dürreperiode vom Juli/August, von der die DDR weitaus stärker als die Bundesrepublik betroffen wurde, größere Ernteaufälle zur Folge haben wird. Betroffen sind abermals Gemüse, Obst und Kartoffeln, aber auch andere Hackfrüchte sowie Futterpflanzen, bei denen z. T. Totalausfälle zu verzeichnen sind; auch ist eine gegenüber dem Vorjahr schlechtere Getreideernte zu erwarten.

Der Beitrag der landwirtschaftlichen Produktion zum Sozialprodukt wird deshalb 1969 allenfalls stagnieren, wenn nicht gar niedriger als im Vorjahr sein und damit das gesamtwirtschaftliche Wachstum schmälern. Spürbarer jedoch als ein vorübergehender Wachstumsverlust könnten die unmittelbaren Wirkungen dieser schlechten Ernte werden. So wird in der nächsten Zeit die Versor-

gung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Gemüse und Obst erneut Schwierigkeiten bereiten; auch ist mit einer überwiegend schlechten Qualität der geernteten Kartoffeln zu rechnen. Daneben droht infolge des Mangels an Futtermitteln, der auch durch Nachsaat und früheres Einbringen von Winterzwischenfrüchten kaum behoben werden kann, eine Verminderung der Viehbestände.

Ob sich die mitteldeutsche Wirtschaftsführung veranlaßt sieht, dieser Situation durch entsprechend größere Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Konsumgüter zu begegnen, ist indes fraglich. Für eine solche Einfuhrpolitik spräche, daß trotz des kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums der DDR das Verständnis der Bevölkerung überstrapaziert würde und rasch erschöpfen dürfte, wenn sie sich ständig Versorgungsmängeln gegenüber sähe. Auch ist sicherlich gerade die Versorgung der Bevölkerung eines der wichtigsten Kriterien, an dem der wirtschaftliche Erfolg der DDR im zwanzigsten Jahr ihres Bestehens von außen und innen gemessen wird.

Einem verstärkten Import von Agrarprodukten steht jedoch entgegen, daß er nicht nur Devisenprobleme aufwerfen, sondern auch der auf verstärkten Austausch von Produktions- und Investitionsgütern gerichteten Außenhandelsplanung der DDR zuwiderlaufen würde.

Die mitteldeutsche Wirtschaftsführung wird deshalb wohl einen mittleren Weg bevorzugen. Ein Teil der Ernteaufälle kann durch zusätzliche Einfuhren aus den von der Dürre verschont gebliebenen südosteuropäischen RGW-Ländern ausgeglichen werden. Weitere entlastende Wirkungen sind durch Verbrauchssubstitution zu erwarten. Ob sie ausreichen, eine insgesamt befriedigende Bereitstellung von Lebensmitteln zu sichern, ist ungewiß.

Möglichen Mängeln in der Versorgung der Bevölkerung stehen aber auch Verbesserungen gegenüber: Seit dem 1. September sind Herrenoberhemden sowie Damenblusen und -strümpfe aus synthetischen Fasern bis zu 24 vH billiger¹³; gleichzeitig wurde das staatliche Kindergeld für dritte Kinder von 20 auf 50 M. monatlich erhöht. Dagegen werden von der bevorstehenden Einführung des Farbfernsehens in der DDR zunächst nur wenige profitieren können, denn der Preis eines Gerätes beträgt mehr als das Fünffache eines monatlichen Durchschnittseinkommens: 3750 Mark!

¹² Vgl. hierzu Manfred Melzer: Preispolitik und Preisbildungsprobleme in der DDR. In: Vierteljahrshäfte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3/1969 (erscheint demnächst).

¹³ Es kosten nunmehr: Herrenoberhemden (Dederon) 58,50 M, Damenblusen (Dederon) 39 M und Damenstrümpfe (Monofil) 6,40 M; vgl. Neues Deutschland vom 31. August 1969.

Die Auswirkungen der Finanzreform auf die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften 1970 bis 1973

Das Einundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz) vom 12. Mai 1969 hat neben der gesetzlichen Verankerung der Gemeinschaftsaufgaben auch die Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neu geordnet. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1970 in Kraft. Das Reformwerk hat viele Wünsche offengelassen und sich darauf beschränkt, einen Kompromiß zwischen den Forderungen und Interessen der Beteiligten zu finden. Insbesondere fehlte es an einer grundsätzlichen — regional und institutionell gegliederten — Bestandsaufnahme sowohl der öffentlichen Einrichtungen und Aufgaben als auch der auf den verschiedensten Gebieten zukünftig erwachsenden Ausgaben, die einer Neuregelung der öffentlichen Finanzen hätte vorangestellt werden müssen.

Im folgenden soll jedoch nicht die Kritik an der Reform vertieft, sondern lediglich versucht werden, die Auswirkungen der veränderten Steuerverteilung auf die Einnahmen der Gebietskörperschaften abzuschätzen. Ziel der Steuerreform war

- die Beseitigung der Unterschiede in der Entwicklung der Einnahmen von Bund und Ländern durch Erweiterung des Steuerverbunds
- die Verstärkung der Finanzkraft der Gemeinden bei gleichzeitiger Änderung der Zusammensetzung der Gemeindesteuern.

Die gegebene Verteilung der Steuern auf Bund und Länder hatte sich mehr und mehr als revisionsbedürftig erwiesen. Die Bundessteuern (im wesentlichen Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchsteuern) entwickeln sich etwa parallel zum Wachstum des Sozialprodukts; an den sehr wachstumsintensiven gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen partizipiert der Bund derzeit nur zu rund einem Drittel. Der größere Teil entfällt auf die Länder. Deren Einnahmen sind deshalb merklich stärker gewachsen als die des Bundes. Dies führte

zu einem ständigen Kampf um eine Neufestsetzung der Anteile an den Verbundsteuern.

Durch die Änderung des Artikels 106 (3) Grundgesetz wurde nunmehr die Regelung getroffen, daß neben der Einkommen- und Körperschaftsteuer auch die Steuern vom Umsatz Bund und Ländern gemeinsam zustehen. Damit werden ungefähr 60 vH des gesamten Steueraufkommens in den Steuerverbund einbezogen, die Ländereinnahmen werden nicht mehr allein von den Steuern vom Einkommen bestimmt. Außerdem werden in Zukunft drei ehemalige Ländersteuern, die Kapitalverkehrsteuer, die Versicherungssteuer und die Wechselsteuer, an den Bund übergehen (Aufkommen rd. 1 Mrd. DM).

Der andere Teil der Reform umfaßt die Neuregelung der Gemeindefinanzen. Die gemeindeeigenen Steuern haben in der Vergangenheit längst nicht dieselbe Dynamik entwickelt wie die Steuern von Bund und Ländern. Die damit wachsende Finanznot der Gemeinden ließ eine Verstärkung der Gemeindefinanzmasse immer dringlicher werden. Außerdem besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß die Gewerbesteuer nicht die wesentliche Stütze des gemeindlichen Steuersystems sein sollte. Die Neuregelung sieht nunmehr vor, daß die Gemeinden an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer zu beteiligen sind; andererseits ist ein Teil der Gewerbesteuer als „Umlage“ an Bund und Länder abzuführen.

Inzwischen ist die prozentuale Beteiligung der Gebietskörperschaften an den einzelnen Steuern detailliert geregelt worden. Einen Überblick über den neuen und den alten Rechtsstand gibt die folgende Tabelle.

Die Verbesserung der Position der Gemeinden läßt sich schon anhand des derzeit verfügbaren Zahlenmaterials darlegen: Nach den Ist-Ergebnissen für das Jahr 1968 hätte die Umverteilung — ab 1970 verzichten die Gemeinden auf 40 vH ihrer Ge-

Die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

	Gewicht 1968	Anteil am Steueraufkommen in vH					
		Alter Rechtsstand			Neuer Rechtsstand		
		Bund	Länder	Gemeinden	Bund	Länder	Gemeinden
1. Steuern vom Einkommen	40,3	35	65	—	.	.	.
1. 1 Lohnsteuer u. veranlagte Einkommensteuer	31,9	35	65	—	43	43	14
1. 2 Körperschaft- u. Kapitalertragsteuer	8,4	35	65	—	50	50	—
2. Bundessteuern	40,0	100	—	—	.	.	.
2. 1 Steuern vom Umsatz	21,4	100	—	—	70	30	—
2. 2 Sonstige Bundessteuern (einschl. Ergänzungsabgaben) .	18,7	100	—	—	100	—	—
3. Ländersteuern	7,4	—	100	—	.	.	.
3. 1 Kapitalverkehrsteuern	0,8	—	100	—	100	—	—
3. 2 Sonstige Ländersteuern	6,6	—	100	—	—	100	—
4. Gemeindesteuern	12,3	—	—	100	.	.	.
4. 1 Gewerbesteuer (einschl. Lohnsummensteuer)	9,6	—	—	100	20	20	60
4. 2 Sonstige Gemeindesteuern	2,7	—	—	100	—	—	100

Entwicklung der Steuereinnahmen bis 1973

	1969	1970	1971	1972	1973	1969	1970	1971	1972	1973
	Mrd. DM					Zuwachs in vH				
1. Steuern vom Einkommen	56,8	61,7	66,6	72,1	78,0	16,1	9,6	7,9	8,3	8,2
1.1 Lohnsteuer u. veranlagte Einkommensteuer	44,6	49,7	54,1	59,1	64,5	16,1	11,4	8,9	9,2	9,1
1.2 Körperschaft- u. Kapitalertragsteuer	11,7	12,0	12,5	13,0	13,5	15,8	2,6	4,2	4,0	3,8
2. Bundessteuern	58,9	61,3	62,1	63,3	64,8	22,5	4,1	1,3	1,9	2,4
2.1 Steuern vom Umsatz	35,2	36,7	36,7	37,2	37,7	37,0	4,3	0,0	1,4	1,3
2.2 Sonstige Bundessteuern (einschl. Ergänzungsabgaben)	23,7	24,6	25,4	26,1	27,1	5,8	3,8	3,3	2,8	3,8
3. Ländersteuern	9,7	10,4	10,6	11,1	12,0	9,0	7,2	1,9	8,1	8,1
3.1 Kapitalverkehrssteuern	1,1	1,1	1,1	1,2	1,3	10,0	0,0	0,0	8,3	8,3
3.2 Sonstige Ländersteuern	8,6	9,3	9,5	9,9	10,7	8,9	8,1	2,2	8,1	8,1
4. Gemeindesteuern	16,4	17,4	18,2	18,9	19,7	10,8	6,1	4,6	4,2	4,2
4.1 Gewerbesteuer (einschl. Lohnsummensteuer)	13,0	13,8	14,4	14,9	15,5	12,1	6,2	4,3	4,0	4,0
4.2 Sonstige Gemeindesteuern	3,4	3,6	3,8	4,0	4,2	6,3	5,9	5,6	5,0	5,0
Steuern, insgesamt	141,3	150,8	157,5	165,4	174,5	17,5	6,7	4,4	5,5	5,5
Schätzung des DIW.				1969	1970	1971	1972	1973		
Annahmen: Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts				10,5	6,0	6,0	6,0	6,0		
Zuwachsrate des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit				12,0	7,0	6,5	6,5	6,5		

werbsteuern und erhalten dafür 14 vH des Aufkommens an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer — den Gemeinden Mehreinnahmen von rd. 0,7 Mrd. DM erbracht. Es ist damit zu rechnen, daß sich die aufgrund dieser Regelung ergebenden Mehreinnahmen der Gemeinden zukünftig noch erhöhen werden, da insbesondere die Lohnsteuer in ihren Zuwachsraten die Entwicklung der Gewerbesteuer recht erheblich übertrifft.

In der folgenden Modellrechnung werden die Auswirkungen der Steuerneuverteilung auf die Einnahmenentwicklung der Gebietskörperschaften unter mittelfristigem Aspekt betrachtet. Dabei wird von einer wahrscheinlichen Zunahme des Steueraufkommens bei folgenden Annahmen ausgegangen: Das Bruttosozialprodukt erhöht sich im Jahr 1969 um 10,5 vH und bis 1973 — entsprechend den Vorstellungen der mittelfristigen Finanzplanung — um jeweils 6 vH. Weiter wird unterstellt, daß die Bruttolohn- und -gehaltssumme etwas kräftiger steigt als das Bruttosozialprodukt, daß sich die Außenhandelsposition der Bundesrepublik nicht grundlegend verändert und daß die Investitionen dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum folgen werden. Unverändertes Steuerrecht vorausgesetzt¹ werden danach die gesamten Steuereinnahmen von 1969 bis 1973 mit 23 vH etwas schwächer als das Sozialprodukt (26 vH) zunehmen; dies ist neben dem Einnahmeausfall aus der Exportbesteuerung durch den stufenweisen Abbau der Investitionssteuer im Rahmen der Steuern vom Umsatz bedingt.

Auf der Basis dieser Steuerschätzung läßt sich berechnen, wie sich das Steueraufkommen auf die einzelnen Gebietskörperschaften verteilen wird. Es zeigt sich zunächst einmal, daß die Gemeinden tatsächlich von der Neuregelung profitieren werden. Ihr Anteil, der 1969 knapp 12 vH am Gesamtaufkommen beträgt und der nach dem alten Rechtsstand weiterhin etwas zurückgegangen wäre, wird sich bis 1973 auf 13 vH erhöhen. Die Steigerung der

Gemeindeeinnahmen geht zunächst zu Lasten des Bundes; bis zum Jahr 1973 wird jedoch die Belastung voll auf die Länder übergegangen sein. Die Ländereinnahmen steigen damit in Zukunft schwächer als nach der alten Regelung.

Gleichwohl besteht auch nach der Neuverteilung noch eine Wachstumsdifferenz zwischen den Steuereinnahmen von Bund und Ländern. Dies zeigt ein Vergleich zwischen den Schätzungen für 1970 und 1973 (1970 = 100):

<i>Steuereinnahmen:</i>	<i>Bund</i>	<i>Länder</i>	<i>Gem.</i>	<i>Insg.</i>
Alter Rechtsstand . .	111,1	124,2	113,2	115,7
Neuer Rechtsstand . .	113,1	118,0	120,9	115,7

Eine Darstellung der durch die Finanzreform bewirkten Veränderungen hinsichtlich der Steuerverteilung wäre unvollständig, ließe man die auf die einzelnen Gebietskörperschaften entfallenden Ausgabeverpflichtungen unberücksichtigt. Wenigstens für den Bund und die Länder ergibt sich die Möglichkeit, die Ausgabenentwicklung aus den Zielvorstellungen der mittelfristigen Finanzpläne abzuleiten, zu deren Erstellung diese Gebietskörperschaften nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität des Wachstums der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz) verpflichtet sind. Allerdings besteht für die Gemeinden eine solche ausdrückliche Vorschrift nicht. Für sie sind daher auch keine zusammenfassenden Ausgabenprojektionen auf mittelfristiger Basis vorhanden.

Um — in einer Modellrechnung — überhaupt Aussagen über die Ausgabenentwicklung aller Gebietskörperschaften machen zu können, wurde deshalb generell folgende Entwicklung — entsprechend den mittelfristig geplanten Zuwachsraten des Bundes und der Länder — unterstellt: Die Personalausgaben aller öffentlichen Haushalte steigen im Betrachtungszeitraum jährlich um 7 vH, die übrigen Ausgaben mit der Rate des Bruttosozialprodukts.

¹ Es wird lediglich unterstellt, daß das Absicherungsgesetz Ende 1970 aufgehoben wird. Damit entfallen ab 1971 die zusätzlichen Einnahmen im Rahmen der Mehrwertsteuer.

Geschätzte Auswirkungen der Steuern Neuverteilung

Jahr	Bund			Länder			Gemeinden		
	Alter Rechtsstand	Neuer Rechtsstand	Differenz	Alter Rechtsstand	Neuer Rechtsstand	Differenz	Alter Rechtsstand	Neuer Rechtsstand	Differenz
in Mrd. DM									
1969	78,6	77,0	-1,6	46,3	46,9	+0,6	16,4	17,4	+1,0
1970	82,9	81,6	-1,3	50,5	50,5	0,0	17,4	18,7	+1,3
1971	85,4	84,7	-0,7	53,9	52,9	-1,0	18,2	19,9	+1,7
1972	88,5	88,2	-0,3	58,0	56,0	-2,0	18,9	21,2	+2,3
1973	92,1	92,3	+0,2	62,7	59,6	-3,1	19,7	22,6	+2,9
Anteil in vH									
1969	55,6	54,5	-1,1	32,8	33,2	+0,4	11,6	12,3	+0,7
1970	55,0	54,1	-0,9	33,5	33,5	0,0	11,5	12,4	+0,9
1971	54,2	53,8	-0,4	34,2	33,6	-0,6	11,6	12,6	+1,0
1972	53,5	53,3	-0,2	35,1	33,9	-1,2	11,4	12,8	+1,4
1973	52,8	52,9	+0,1	35,9	34,2	-1,7	11,3	12,9	+1,6

Verteidigungsaufwendungen im Bundeshaushalt wurden die Zuwachsraten verwendet, wie sie sich als Einzelansätze der mittelfristigen Finanzplanung finden.

Das Wachstum der Investitionen wurde mit einer jährlichen Zuwachsrate von 9 vH etwas kräftiger angesetzt als das Wachstum des Bruttosozialprodukts. Hierdurch soll die vielfach befürwortete Verstärkung der öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen zum Ausdruck kommen, von deren Durchführung der Fortschritt der volkswirtschaftlichen Leistungskraft entscheidend abhängig ist. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgabenstruktur der Gebietskörperschaften ergibt sich dann in dieser Modellrechnung folgende Ausgabenentwicklung bis zum Jahre 1973 (1970 = 100):

	Bund	Länder	Gem.	Insg.
Ausgaben	119,1	121,2	123,7	120,9

Nimmt man an, daß die „übrigen Einnahmen“ das Bild nicht einschneidend verändern, dann werden — nach dem beträchtlichen Einnahmeüberschuß des Jahres 1969 — die folgenden Jahre wieder eine Tendenz zur Nettoverschuldung des Staates bringen. In der vorliegenden Rechnung — Für die Entwicklung der Sozialausgaben und der

nach neuem Rechtsstand — ist die Differenz zwischen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung am stärksten beim Bund (+ 6 Punkte); aber auch für die Länder (+ 3,2 Punkte) und die Gemeinden (+ 2,8 Punkte) ergibt sich eine Notwendigkeit der Verschuldung.

Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob das hier angenommene Wachstum der Ausgaben tatsächlich eintreten wird. Bei der vorgegebenen Entwicklung der Steuereinnahmen und der relativ wenig manipulierbaren Personal-, Sach- und Sozialaufwendungen beträfe eine Minderung im wesentlichen die Investitionen. Der überwiegende Teil der öffentlichen Investitionen (rund zwei Drittel) entfällt auf die Gemeinden. Diese haben aber bereits bisher — gemessen an ihren Ausgaben — die höchste Schuldenquote, und werden möglicherweise dem fortgesetzten Zwang zur Kreditaufnahme durch Drosselung ihres Investitionswachstums begegnen. Die notwendige Investitionstätigkeit der Gemeinden bei gleichzeitigem Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits kann also auch zukünftig nur erwartet werden, wenn die Gemeinden in steigendem Umfang Investitionszuschüsse von Bund und Ländern erhalten.

Zur Entwicklung der französischen Außenwirtschaft nach der Franc-Abwertung

Die französische Regierung hat am 3. September eine Reihe von konjunkturdämpfenden Maßnahmen beschlossen, die den außenwirtschaftlichen Erfolg der Franc-Abwertung sichern sollen. Für die Beurteilung der künftigen Außenwirtschaft Frankreichs ergeben sich daraus vier entscheidende Fragen:

● In welchem Maße wird das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo durch diese sowie die bereits früher getroffenen Maßnahmen gedrosselt?

- Wie stark beeinflusst die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums das Außenhandelsvolumen?
- In welchem Ausmaß sehen sich die französischen Exporteure und die ausländischen Lieferanten der französischen Importeure aufgrund der plötzlichen abwertungsbedingten Veränderung ihrer Wettbewerbslage zu Preiskorrekturen veranlaßt?

- Wie reagieren die Exporte und Importe mengen- und wertmäßig auf die neue Preiskonstellation nach der Franc-Abwertung?

Der Einfluß der konjunkturellen Dämpfungsmaßnahmen auf die Außenhandelsströme

Die offiziellen Verlautbarungen lassen allerdings noch keine genauen Rückschlüsse auf die Dosierung des Maßnahmenbündels zu. Nach den bereits früher bekanntgewordenen Regierungsplänen werden noch nicht in Anspruch genommene öffentliche Investitionskredite in Höhe von 4 Mrd. Franc, das sind rund 10 vH der gesamten Investitionsbewilligungen des Haushalts 1969, gestrichen oder vorübergehend blockiert. Diese Kürzung könnte zur Hälfte noch in diesem Jahr einkommenswirksam werden. Zudem ist geplant, durch hohe Sparprämien und durch Erschwerung der Ratenkäufe die Wachstumsrate des privaten Verbrauchs, insbesondere der Nachfrage nach Personenkraftwagen, um insgesamt etwa 3 vH zu drosseln; in den Daten für 1969 dürfte sich dies in einer Reduzierung der ohne die Dämpfungsmaßnahmen erwarteten Verbrauchszunahme um etwa 0,7 vH (= 2,5 Mrd. Franc) auf knapp 6 vH niederschlagen. Gemessen in konstanten Preisen von 1968 könnte der Primärentzug an wirksamer Nachfrage folglich die beachtliche Höhe von 4,5 Mrd. Franc erreichen. Berücksichtigt man weiter, daß die Kosten der Investitionskredite für private und öffentliche Unternehmen durch die Abschaffung der meisten Vorzugszinssätze gestiegen sind und unterstellt man, daß gegen Jahresende auch erste Sekundäreffekte des Nachfrageausfalls eintreten werden, so dürfte das Wachstum der inländischen Güterverwendung für 1969 um real etwa 1 vH niedriger zu veranschlagen sein als es vor der Abwertung zu erwarten war.

1970 sollen, soweit bisher bekannt, die Ausgaben der öffentlichen Hand nur noch um etwa 6 vH gesteigert werden. Da die Verbrauchsdrosselung im kommenden Jahr voll zum Tragen kommen wird, könnte sich die Expansion der Binnennachfrage auf real 4,5 vH ermäßigen.

Wie stark werden nun die französischen Außenhandelsströme von der Wachstumsverlangsamung tangiert? Aufgrund starker Preisverzerrungen und einer extrem hohen Kapazitätsauslastung lagen die Einkommenselastizitäten der Einfuhr 1968 und 1969 weit über ihrem langfristigen Durchschnitt¹. Unterstellt man in einer Modellrechnung, daß der nicht-abwertungsbedingte Preisanstieg 1970 auf das internationale Maß reduziert werden kann, und stellt man die zu erwartende Erweiterung des Kapazitätsspielraums in Rechnung, die sich unter dem Einfluß der Wachstumsabschwächung und Arbeitsmarktentlastung sowie der zur Zeit ausreifenden umfangreichen Investitionen ergeben würde, so dürfte die Einkommenselastizität der Importe in der nächsten Zeit annähernd wieder ihren langjährigen Durchschnitt erreichen. Wegen der Reaktionsverzögerungen aufgrund mehrmonatiger Lieferfristen ist

jedoch anzunehmen, daß die Handelsströme dieses Jahres kaum noch durch die Dämpfungsmaßnahmen beeinflußt werden. 1970 dürfte sich die Abschwächung aber voll in der Außenhandelsentwicklung niederschlagen. Das derzeit hohe Importwachstum würde damit allein aus konjunkturellen Gründen auf mengenmäßig etwa 8 bis 10 vH zurückgehen. Das Exportwachstum hat sich zu Beginn des zweiten Halbjahres 1969 sowohl im Vorjahresvergleich als auch konjunkturell stark abgeschwächt. Setzt sich diese Tendenz fort, so wird das Jahresergebnis nominal zwar immer noch um etwa 25 vH höher sein als 1968, die auf Jahresbasis berechnete konjunkturelle Zuwachsrate würde jedoch von der Jahresmitte an 5 vH nicht mehr überschreiten. Durch den sich abzeichnenden größeren Kapazitätsspielraum dürfte die französische Wirtschaft aber, ähnlich wie im Jahre 1965, wieder stärker auf das Exportgeschäft verwiesen werden. Legt man die hohe Elastizität des französischen Ausfuhrvolumens in bezug auf die reale Entwicklung des aggregierten Bruttosozialprodukts aller wichtigen Partnerländer von 1965 zugrunde — sie betrug 2,1 —, so ist für 1970 trotz der zu erwartenden weltwirtschaftlichen Expansionsverlangsamung eine Ausdehnung des französischen Exportvolumens von real etwa 7 vH wahrscheinlich.

Die Auswirkungen der Franc-Abwertung auf den Außenhandel

Zu diesen ausschließlich konjunkturellen Einflüssen auf die französische Leistungsbilanz werden abwertungsbedingte, die internationale Konkurrenzposition der französischen Anbieter betreffende Wirkungen hinzutreten. Wie an dieser Stelle bereits früher² abgeleitet wurde, dürfte, gemessen an den Lohnstückkosten, der Wettbewerbsnachteil der französischen Wirtschaft vor der Abwertung etwa 4 bis 5 vH betragen haben. Aufgrund der künftigen Verteuerung der Vorleistungsimporte werden sich die Kosten der Unternehmen um 1,5 vH erhöhen. Hinzu kommt eine Kostenerhöhung um etwa 1 vH, die sich aus der Abschaffung der Vergünstigung für Exportkredite ergibt. Der aus der Franc-Abwertung um 12,5 vH resultierende Wettbewerbs-

¹ Die Relation von realem Einfuhrwachstum zu realem Wachstum des Bruttosozialprodukts betrug im Zeitraum 1961 bis 1968 1,85.

² Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 34/1969, „Zur Wirtschaftslage“.

Entwicklung des französischen Warenhandels mit dem Devisen Ausland

		Exporte (fob.)	Importe (cif.)	Saldo
		Zuwachsraten in vH gegenüber Vorjahr		Mill. F
1968	1. Quartal	16,9	6,8	-1855
	2. Quartal	- 6,5	- 0,4	-1858
	3. Quartal	25,5	24,9	- 926
	4. Quartal	16,8	28,2	-2881
	Jahr	12,8	14,7	-7020
1969	1. Quartal	13,1	22,6	-2973
	2. Quartal	48,0	53,6	-3507
	Juli	6,8	23,9	- 870

Quelle: Statistique du Commerce Extérieur de la France.

vorteil der französischen Exportwirtschaft auf dem Weltmarkt dürfte folglich etwa 3 vH, der Wettbewerbsvorteil des französischen Inlandsangebots gegenüber den Importen etwa 4 vH betragen.

Diese Vorteile würden das französische Außenhandelsvolumen allerdings nur dann voll beeinflussen, wenn auch die Abwertungsrates voll in den Exportpreisen — gemessen in ausländischer Währung — und in den Importpreisen — gemessen in Francs — weitergegeben würde. Damit ist indessen kaum zu rechnen. Zahlreiche französische Unternehmen behaupten, daß sie ohne die Abwertung zu einer Anhebung ihrer Exportpreise gezwungen gewesen wären. Auf der anderen Seite wurden schon lange vor der Paritätsänderung Termin-Francs mit einem hohen Disagio gehandelt, so daß sich bei Abschluß von Termingeschäften die effektiven Importpreise schon dadurch erhöht hatten. Somit darf man vermuten, daß die Devisenpreise französischer Produkte im Durchschnitt um nicht mehr als 6 vH gesenkt, die Franc-Preise ausländischer Produkte um nicht mehr als etwa 4 vH gegenüber dem Stand erhöht werden, den sie in den letzten Monaten vor der Abwertung bereits erreicht hatten. Im Vorjahresvergleich dürften die Import-Preissteigerungen allerdings erheblich höher sein. Sie werden, wenn man Preiszugeständnisse der ausländischen Lieferanten von etwa 5 vH unterstellt, einen Satz von etwa 8 vH erreichen. Für die der EWG-Agrarmarktorordnung unterworfenen Produkte wird der Preisanstieg zunächst etwas geringer sein. Da eine Anpassungsfrist von zwei Jahren vereinbart wurde, wird 1970 der Preisanstieg für diese Produkte rund die Hälfte des Abwertungssatzes, also etwa 6 vH betragen. Da die Einfuhr von Marktordnungsprodukten jedoch nur reichlich 5 vH der französischen Gesamteinfuhr ausmacht, ist der Unterschied statistisch unbedeutend.

In dem Maße, wie die französischen Exporteure den durch die Abwertung entstandenen preispolitischen Bewegungsspielraum nicht zu Preissenkungen nutzen, erhöhen sich die Stückgewinne im Auslandsgeschäft. Wie sich die gesamten Exporterlöse gestalten, hängt von der Preiselastizität der Auslandsnachfrage ab. Analoges gilt für den Ausgabenrückgang in bezug auf die Preiselastizität der Importnachfrage³.

Die Elastizitäten sind sehr schwer zu schätzen, denn es fehlt jeder brauchbare Vergleichsmaßstab. Die letzte Franc-Abwertung erfolgte im Dezember 1958. Sie traf auf eine von der heutigen sehr verschiedene Waren-, Dienstleistungs- und Länderstruktur der französischen Außenwirtschaft. Besonders die europäische Integration, die 1958 begann, hat einen nachhaltigen Einfluß auf die Außenhandelsströme gehabt. Zudem ist die Abwertung nicht isoliert von der ein Jahr zuvor durch Importbesteuerung und Exportsubventionierung indirekt dekretierten Abwertung zu beurteilen, mit der zusammen — gegenüber der zur Jahresmitte 1957 gültigen Parität — ein Abwertungseffekt von mehr

als 40 vH erzielt wurde. Es darf als sicher gelten, daß die relative Mengenreaktion der Handelsströme auf die diesmalige Kursänderung sehr verschieden ist von derjenigen auf die 40prozentige Kursänderung. Ist es folglich schon ausgeschlossen, im Analogieschluß die Preiselastizitäten von heute zu bestimmen, so bietet sich erst recht im internationalen Vergleich keine brauchbare Parallele aus der jüngsten Vergangenheit. Der naheliegende Versuch, die Pfundabwertung vom Herbst 1967 heranzuziehen, kann lediglich die Erkenntnis bringen, daß die Mengeneffekte einer Abwertung äußerst gering sind, wenn eine Drosselung der Inlandskonjunktur unterbleibt, d. h. wenn versäumt wird, Kapazitätsspielraum für stark zunehmende Exporte und für eine Substitution von importierten Gütern durch heimische Produkte zu schaffen. Ein weiterer Grund für die Unvergleichbarkeit der britischen und französischen Paritätsänderungen ist darin zu sehen, daß die britische Wettbewerbsposition am Weltmarkt zum Zeitpunkt der Abwertung ungleich ungünstiger war, als es jetzt die französische gewesen ist. Es ist einleuchtend, daß der Export insgesamt viel stärker stimuliert, der Import insgesamt viel stärker gehemmt wird, wenn durch die Abwertung eine größere Zahl von Inlandsprodukten die „Konkurrenzschwelle“ überschreitet. So spricht vieles dafür, daß in Frankreich trotz des geringeren Abwertungssatzes ein größerer Prozentsatz der Anbieter von international gehandelten Gütern wieder konkurrenzfähig geworden ist. Nur soviel wird man aus den genannten Beispielen schließen dürfen, daß die Elastizität der Importnachfrage generell etwas geringer ist als die der Exportnachfrage: Offensichtlich ist es leichter, durch Preispolitik zusätzliche Nachfrage zu stimulieren als zu inhibieren.

³ Ist die Preiselastizität der Auslandsnachfrage größer als 1, so wäre es für den Exporteur vorteilhaft, die Preise zu senken, liegt sie zwischen 0 und 1, so ist dagegen der Anreiz zu Preissenkungen gering, da der Mengeneffekt nicht ausreicht, die aus der Preissenkung resultierenden Erlöseinbußen zu kompensieren. Liegt die Preiselastizität der Importnachfrage zwischen 0 und 1, so wären künftig höhere Franc-, aber geringere Devisenbeträge bei verminderter Mengeneinfuhr aufzuwenden. Bei einer Importelastizität von 1 bleiben zwar die Franc-Aufwendungen unverändert, die Devisenaufwendungen vermindern sich jedoch.

Struktur des französischen Außenhandels

	Exporte		Importe	
	1958	1968	1958	1968
Werte in Millionen F.	21511	62812	23540	69162
Länderanteile in vH				
Bundesrepublik Deutschland . .	10,5	18,6	11,7	21,5
Italien	3,4	9,2	2,3	9,5
Übrige EWG-Länder	8,4	15,3	7,9	16,6
Großbritannien	4,9	4,8	3,6	4,7
Übrige EFTA-Länder	8,5	9,4	5,9	6,0
USA	5,9	6,0	10,1	9,5
Übriges Devisenaußland	20,9	23,6	30,9	21,3
Franc-Zone	37,5	13,1	27,6	10,9
Warenanteile ¹⁾ in vH				
Marktordnungsprodukte	6,6	11,0	7,5	5,4
Sonst. Nahrungs- u. Genußmittel .	6,4	5,8	20,6	9,3
Roh- u. Brennstoffe	12,9	8,5	40,2	24,3
Maschinen und Fahrzeuge	22,8	29,4	12,1	23,9
Sonstige Waren	51,3	45,3	19,6	37,1

¹⁾ Nach S. I. T. C.

Quelle: OECD, Commodity Trade Statistics, Serie A + B.

Es ist deshalb sinnvoll, alternative Annahmen über die Preiselastizitäten zu treffen und durch Vergleich der hypothetischen Auswirkungen auf den französischen Außenhandel zu einer Vorstellung über ihre mögliche Größenordnung zu gelangen. Bei einer Elastizitätskonstellation von 0,7 für die Importe und 1,0 für die Exporte und unter der Annahme, daß der Außenhandel 1970 voll auf die Preisänderungen reagiert — für 1969 sind wegen der Lieferfristen keine spürbaren Mengeneffekte zu erwarten⁴ —, würde die Einfuhrmenge bei Eintritt der genannten Preisreaktionen auf die Abwertung um etwa 5, der Devisenwert der Einfuhren um 10 vH weniger wachsen als es ohne Abwertung der Fall gewesen wäre. Andererseits würde das Ausfuhrvolumen um etwa 6 vH schneller ansteigen, der Devisenwert der Ausfuhren aber annähernd gleich bleiben. Legt man das voraussichtliche Jahresergebnis des französischen Außenhandels mit dem Devisenausland für 1969 zugrunde, so ergibt sich eine Entlastung der Handelsbilanz für 1970 von etwa 9 Mrd. Franc oder 1,6 Mrd. Dollar. Dabei wurde der Dienstleistungsverkehr, für den keinerlei aktuelle Informationen vorliegen, nicht berücksichtigt. Selbst wenn man mit langsamen Reaktionen der Märkte rechnet, dürfte der eingesparte Devisenbetrag nach diesen Elastizitätsannahmen nicht den Wert von 1 Mrd. Dollar unterschreiten.

Bei einer Elastizitätskonstellation von 1,0 für die Importe und 1,3 für die Exporte würde, ceteris paribus, die Einfuhrmenge um 8, der Devisenwert der Einfuhren um 12 vH niedriger ausfallen, jedoch die Ausfuhrmenge um 8, der Devisenwert der Ausfuhren um 2 vH zusätzlich wachsen. Der „Spar-effekt“ betrüge etwa 12 Mrd. Franc oder 2 Mrd. Dollar, wiederum ohne die Dienstleistungen.

Zusammenfassende Ergebnisse

Berücksichtigt man neben den Preiseffekten noch die oben projizierten konjunkturellen Auswirkungen auf den französischen Außenhandel, so ergibt sich im Falle der vorsichtigeren Elastizitätsalternative für 1970 eine Zunahme des Einfuhrvolumens von insgesamt rd. 4 vH, des Ausfuhrvolumens von rd. 13 vH. Dem entspräche eine Abnahme des Devisenwertes der Einfuhren von etwa 1 vH, eine Zunahme des Devisenwertes der Ausfuhren von etwa 7 vH gegenüber 1969. Im Falle der optimistischen Elastizitätsalternative ergäbe sich für das Einfuhrvolumen Stagnation, für das Ausfuhrvolumen ein Zuwachs von 15 vH. Dem entspräche eine Abnahme des Devisenwertes der Einfuhr von rd. 5 vH, eine Zunahme des Devisenwertes der Ausfuhr von rd. 10 vH.

Im Jahre 1968 war die französische Handelsbilanz mit rund 3 Mrd. Franc defizitär, nach einem Überschuß von 750 Mill. Franc 1967. 1969 betrug allein das Handelsbilanzdefizit des ersten Halbjahrs — unter Umrechnung der Importe auf f.o.b.-Werte

Die französische Zahlungsbilanz mit dem Devisenausland
in Mill. F

	1967		1968	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Laufende Posten	+ 21	+ 727	- 813	- 6371
Waren	- 370	+ 1120	- 139	- 2901
Dienstleistungen	+ 470	- 551	- 43	- 2012
Übertragungen	- 79	+ 158	- 631	- 1458
Kapitalbewegungen	+ 854	- 1764	- 2939	- 5718
langfristig	+ 423	+ 188	- 808	- 2713
kurzfristig ¹⁾	+ 431	- 1952	- 2136	- 3005
Devisenbilanz ²⁾	- 875	+ 1037	+ 3752	+ 12089
Geschäftsbanken	- 844	+ 2666	- 6157	+ 3671
öffentlicher Sektor	- 31	- 1629	+ 9909	+ 8418

¹⁾ Einschließlich statistischer Fehler. — ²⁾ (-) = Zugang.
Quelle: Statistiques & Etudes Financières.

— etwa 3,7 Mrd. Franc. Unterstellt man, daß das konjunkturelle Wachstumstempo, das die Exporte und Importe im ersten Halbjahr 1969 erreicht hatten, bis zum Jahresende anhält, so errechnet sich für 1969 insgesamt ein Handelsbilanzdefizit von etwa 6 Mrd. Franc. Nach den getroffenen Hypothesen für 1970 ergäbe sich im Falle der vorsichtigen Elastizitätsalternative ein Defizit von knapp 3 Mrd. Franc (= 0,5 Mrd. \$ neuer Parität), im Falle der optimistischen Alternative aber ein Überschuß von reichlich 2 Mrd. Franc (= 0,4 Mrd. \$). Ohne Abwertung und ohne Wachstumsdrosselung wären, selbst wenn man den Wegfall der exceptionalen Importstimuli von 1968/69 berücksichtigt, die Importe vermutlich immer noch mit etwa 20 vH, die Exporte aber nur mit etwa 7 vH gestiegen, so daß sich das Handelsbilanzdefizit (f.o.b.-Basis) auf knapp 16 Mrd. Franc (= 3,2 Mrd. \$ alter Parität) belaufen hätte. Der Netto-Spareffekt der binnen- und außenwirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen zusammen liegt damit in der Größenordnung von 3—4 Mrd. \$ pro Jahr.

Die obigen Deduktionen gelten nur unter der Voraussetzung, daß es der französischen Regierung mit der jetzt anlaufenden Deflationspolitik gelingt, den Anstieg der Preise, soweit er nicht abwertungsbedingt ist, auf das international durchschnittliche Maß zu begrenzen. Die Drosselung insbesondere der privaten Verbrauchsausgaben und die Ausreifung neuer Kapazitäten werden die von der Nachfrage ausgehende Preisdrift vermindern. Wichtiger ist indessen die künftige Entwicklung der Lohnstückkosten. Vor Oktober wird kaum abzusehen sein, ob die taktische Begünstigung der Niedrigeinkommen — so die Anhebung des garantierten interprofessionellen Mindestlohnes um 4 vH zum 1. September — ein erneutes Scheitern der Einkommenspolitik verhindern kann. Einzelne einflußreiche Gewerkschaften versuchen, durch scharfe Angriffe gegen die

⁴ Wohl aber vermindert sich der Devisenwert der Ausfuhren noch um insgesamt etwa 0,4 Mrd. Dollar und erhöht sich der Devisenwert der Einfuhren um insgesamt etwa 0,5 Mrd. Dollar.

Regierungspolitik und deren Konsequenzen für die Preisentwicklung ihre Verhandlungsbasis für die bevorstehenden Tarifabschlüsse zu festigen. Die Regierung wird den Beweis erbringen müssen, daß die Alternative zur Abwertung in einer drastischen Rezessionspolitik bestanden hätte, die das reale Masseneinkommen stärker getroffen hätte als es jetzt die zusätzlichen abwertungsbedingten Preissteigerungen bei gemäßigter Konjunkturdämpfung tun. Die Regierung kann sich dabei nicht nur auf

das hohe Defizit der Leistungsbilanz berufen, sondern auch auf die zunehmende Passivierung der Kapitalbilanz. Die kurzfristigen spekulativen Kapitalbewegungen überzeichnen zusätzlich das tatsächliche Ungleichgewicht. Gelingt es im Herbst, zu einem sozialen Konsens zu kommen, wird sich die Zahlungsbilanztendenz im nächsten Jahr umkehren, jedoch ist anzunehmen, daß die langfristigen Kapitalbewegungen langsamer reagieren als die Leistungsströme.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel,
Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der
Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter.

Die Wirtschaft der DDR im ersten Halbjahr 1969 bearbeitet von Peter Mitzscherling. — *Die Auswirkungen der Finanzreform auf die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften 1970 bis 1973* bearbeitet von Bernd Spahn. — *Zur Entwicklung der französischen Außenwirtschaft nach der Franc-Abwertung* bearbeitet von Fritz Franzmeyer.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1.—